



## Haushaltsrede der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Winterberg 2018

Torben Firley, SPD-Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eickler,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

Unsere Haushaltsberatungen finden in diesem Jahr im Zeitraum einer lediglich geschäftsführenden Bundesregierung statt.

Die Jamaika-Partner haben in 6 Wochen Sondierung nichts Produktives für die Zukunft unseres Landes vollbracht außer für schöne Bilder auf dem Balkon der Parlamentarischen Gesellschaft für die Medien zu posieren.

Es überrascht uns nicht, dass die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag erneut nur in den Sozialdemokraten einen verlässlichen Partner sieht.

Wir sind stolz auf unsere Partei, die sich der Verantwortung für das Land und die Menschen bewusst ist und sich Koalitionsverhandlungen für die Bildung einer neuen Regierung nicht verweigert, so wie es die Liberalen tun.

Ist es wirklich besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren – wie Herr Lindner es formulierte?

Ist es besser gar nicht zu arbeiten, um mögliche Fehler zu vermeiden?

Ist es besser nicht zu handeln, als eventuell falsche Entscheidungen zu treffen?

Nein, weder das eine noch das andere – denn in der Kommunalen Familie können wir uns alle eine solche Einstellung jedenfalls nicht leisten. Unser gemeinsames Ziel ist es, über Parteiinteressen hinaus, die Zukunft zu gestalten, damit die Menschen gerne in ihrer Stadt leben.



Um aber Gestalten zu können sind die Gemeinden und Städte – und damit auch Winterberg - auf die finanzielle Unterstützung von Bund & Land angewiesen.

Die jahrelange Unterfinanzierung der kommunalen Ebene wie Sie, Herr Bürgermeister Eickler, es bei jeder Einbringung des Haushalts wiederholen, muss endlich beendet werden.

Wir benötigen jetzt schnell eine neue Bundesregierung welche gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen eine grundlegende Neuausrichtung der Kommunalfinanzen vornimmt. Ein erster positiver Ansatz ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes, so wie die SPD dies in den Sondierungsgesprächen vereinbart hat.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die neue schwarz-gelbe Landesregierung bisher den Kurs der vorhergehenden Landesregierung beibehält und unsere Stadt erneut höhere Schlüsselzuweisungen in Höhe von rund 473 TSD EUR erhält.

2017: 3.702.930 EUR  
2018: 4.176.448 EUR

*Höhere Schlüsselzuweisungen des Landes NRW: 473.518 EUR*

Mit 5.3 Mio. EUR bleibt der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer aufgrund der niedrigeren Arbeitslosenquote von 4,8% im Dezember 2017 weiterhin stabil. Wie im letzten Jahr sieht die SPD-Fraktion dies als positive Entwicklung.

2017: 5.040.000 EUR  
2018: 5.334.732 EUR

*Höherer Anteil Einkommenssteuer: 294.732 EUR*



Dies gilt auch – wie im Vorjahr weiterhin für den zu erwartenden Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 903 TSD EUR.

2017: 684.590 EUR  
2018: 903.460 EUR

*Höhere Anteil Umsatzsteuer: 218.870 EUR*

Ebenso profitiert Winterberg mit dem Status als Kurort wieder von der mit fast 283 TSD EUR erneut angehobenen Kurorte Hilfe vom Land NRW.

2017: 1.156.128 EUR  
2018: 1.438.884 EUR

*Höherer Anteil Kurorte Hilfe: 282.756 EUR*

Neben den höheren Zuweisungen aus NRW – zeigen auch die eigenen Maßnahmen aus dem gemeinsam im Rat beschlossenen 5.Konsolidierungspaket deutlich Wirkung.

Unbestritten ist die zweifellos gute bis sehr gute Entwicklung der Gewerbesteuer, hier werden für 2018 zusätzliche Einnahmen von ca. 700 TSD EUR erwartet.

2017: 4.200.000 EUR  
2018: 4.900.000 EUR

*Höherer Anteil Gewerbesteuer: 700.000 EUR*

Diese gute Konjunktur verdankt Winterberg aber nicht allein dem Wintertourismus, sondern zu einem gewissen Anteil auch den Investitionen in die Angebote für die Sommergäste. Von beidem profitieren alle Einwohner, deshalb denkt die SPD-Fraktion, dass es dafür sicher nicht zu viel verlangt ist, die höhere Gästefrequenz und die damit gegebenenfalls verbundenen Staus – die sich im Übrigen bisher auf wenige Winterwochen beschränken – in Kauf zu nehmen.



Ich verweise hier zum Beispiel auf ähnliche Situationen in den Ferienregionen an Nord- und Ostsee.

Um den Sommer-Tourismus weiter zu stärken, schlagen wir vor das die WTW ein Konzept entwickelt, um ein Radwegenetz zur Verbindung aller Ortsteile zu schaffen. Der Fokus soll hier auf das Thema E-Bikes ausgerichtet sein, welche sich wachsender Beliebtheit in allen Generationen erfreuen.

Aufgrund der positiven Entwicklung gehen wir konform mit dem Haushaltsentwurf und sehen in diesem Jahr auch keinen Anlass die Grundsteuer A & B sowie die Gewerbesteuer anzupassen.

<i>Grundsteuer A:</i>	<i>56.776 EUR</i>
<i>Grundsteuer B:</i>	<i>2.950.000 EUR</i>
<i>Zweitwohnungssteuer:</i>	<i>1.265.000 EUR</i>

Das Modell der Grundsteuer steht aktuell beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auf dem Prüfstand, weil dieses nach Meinung mehrerer Grundstückseigentümer verfassungswidrig ist und einer Reform bedarf. Sollte das Gericht ebenfalls zu diesem Schluss kommen, hätte dies weitreichende Folgen: Im schlimmsten Fall könnten Städte und Gemeinden während einer Reform und Neuberechnung keine Grundsteuer mehr erheben - eine finanzielle Katastrophe für die Kommunen. Hier muss nach unserer Meinung dann eine entsprechende Übergangsfrist gewährt werden, um den Gemeinden ein finanzielles Debakel bis zur Gesetzesnovelle zu ersparen.

Aufgrund der positiven Entwicklung bei den Einnahmen ist es absolut richtig jetzt eine vollständige Entschuldung der noch offenen 4,5 Mio. EUR Kassenkredite bis 2020 anzustreben.

Niemand von uns kann die Entwicklung an den Finanzmärkten voraussehen, ebenso wenig die geopolitische Lage.



Damit komme ich zum Thema der Flüchtlings- und Asylsituation und erinnere daran, dass durch die im Jahr 2015 in Deutschland aufgenommenen 900.000 Menschen besonders in den Kommunen immense finanzielle und personelle Belastungen verursacht wurden. Dies hat sich in den Jahren 2016 und 2017 insofern relativiert, als das der Flüchtlingsstrom vorerst abgeebbt ist. Ob dieser Trend anhält, lässt sich leider nicht voraussagen.

Aus diesem Grund, verehrte Mitglieder der CDU Fraktion, unterstützen wir gerne den Versand Ihrer Resolution aus der Ratssitzung vom Mai 2016 (VV043/2016) auch an die neue schwarz-gelbe Landesregierung, um unserer gemeinsamen Position Nachdruck zu verschaffen, denn bis heute fehlt es daran das alle Kosten für die Betreuung, Integration, Unterkunft & Versorgung der Flüchtlinge vollständig von Bund & Land erstattet werden.

Scheinbar erfreulich ist die geplante Senkung der Kreisumlage. Scheinbar deshalb, weil die im Entwurf vorgesehene Minderung um - 1,83%-Punkte, so wie Sie, Herr Eickler, dies vorgetragen haben, eine durch bessere Steuerkraft bedingte höhere Zahlungsverpflichtungen der Städte und Gemeinden nach sich zieht.

2017: 6.005.899 EUR  
2018: 6.289.273 EUR (Entwurf)

*Kreisumlage Senkung Hebesatz von 40,19% auf 38,36%*

*Trotzdem höhere Zahlung von 283.374 EUR (Entwurf)*

Dazu kommt außerdem, dass die Jugendamtsumlage laut Kreishaushaltsentwurf um 1,89%-Punkte erhöht werden soll, was Winterberg mit zusätzlichen 592 TSD EUR belasten wird. Die SPD-Fraktion empfindet diese Entwicklung als mehr als bedenklich.

*Jugendamtsumlage Erhöhung 18,73% auf 20,62%*

2017: 2.788.559 EUR  
2018: 3.380.730 EUR (Entwurf)

*Mehraufwendung 592.171 EUR (Entwurf)*



Die, an das Land zu zahlende Krankenhausumlage wird Winterberg mit der Erhöhung um 86 TSD EUR zusätzlich belasten, womit unser Haushalt jetzt mit 238 TSD EUR belastet wird. Da beruhigt uns auch nicht das löbliche Vorhaben der Landesregierung, die Krankenhäuser finanziell auf stabilere Beine stellen zu wollen.

2017: 152.000 EUR  
2018: 238.125 EUR

*Mehraufwendung 86.125 EUR*

Ebenfalls gespannt sind wir darauf, wie die Landesregierung ihre Ankündigungen zum Thema Windenergie und die Änderung des Landesentwicklungsplans umsetzen will. Bis jetzt haben die Ankündigungen nur zur Unsicherheit beigetragen.

Lassen Sie mich jetzt kurz zu den Investitionen kommen.

Der Breitbandausbau in Hildfeld, Grönebach und Altenfeld kann mit Fördergeldern (75%) und dem Eigenanteil der Stadt in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Desweiteren stehen die Verbesserungen der Breitbandversorgung in Hoheleye, Mollseifen und Lenneplätze sowie in den Gewerbegebieten Burmecke, Hagenblech und Züschen an. Die Förderquote von 90% dazu begrüßen ausdrücklich. Ein Fortschritt der Daseinsfürsorge kann damit gewährleistet werden.

Entgegen der Meldungen der Presse in den letzten Wochen, gehört Winterberg zu den Städten, die sehr wohl die zur Verfügung stehenden Fördergelder aus dem rot-grünen-Landesförderprogramm „Gute Schule 2020“ abgerufen haben. Dafür bedankt sich die SPD-Fraktion ausdrücklich bei der Stadtverwaltung. Schon ab diesem Jahr werden reichlich drei Viertel der Fördersumme in die Sekundarschule am Standort Winterberg investiert. Die verbleibende Restsumme kann den drei Grundschulen sowie dem Gymnasium zu Gute kommen. Die Summe aus dem Kommunalinvestitionsfördergesetz fließt ebenso in den Ausbau der Sekundarschule. Nach der Fertigstellung in 2022 hat Winterberg dann eine moderne, technisch hervorragend ausgestattete „Digitale Schule 4.0“.

Wir kümmern uns. **SPD Winterberg.**



Erfreulich ist, dass vor ca. 2 Wochen das neue Feuerwehrfahrzeug GW-Messtechnik geliefert und inzwischen beim Löschzug 1 in Dienst wurde. Damit werden unsere ehrenamtlich tätigen Feuerwehrfrauen und -männer zusätzlich unterstützt.

Es muss uns allen bewusst sein das die im Haushalt eingeplanten Investitionen u.a. in die Gerätehäuser unvermeidlich sind.

An dieser Stelle ist es mir eine Herzensangelegenheit, eben diesen Feuerwehrfrauen und -männern den ausdrücklichen Dank der SPD-Fraktion für die ehrenamtlich geleistete Arbeit auszusprechen.

Ein persönliches Erlebnis hat mir zuletzt an Neujahr gezeigt, mit welcher positiver Motivation unsere ehrenamtliche Feuerwehr arbeitet. Wurden doch aktive Freunde von mir durch einen Einsatz aus der Silvesterfeier gerufen, als das neue Jahr 2018 gerade einmal 15 Minuten alt war.

Der ausdrückliche Dank der SPD-Fraktion gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie der Stadteigenen Betriebe für die erstklassig geleistete Arbeit.

Nach intensiver Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf in der Klausur der SPD-Fraktion stimmen wir diesem gerne zu.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.  
Glück Auf!



SPD Fraktion im Rat der Stadt Winterberg  
Torben Firley (Fraktionsvorsitzender)  
Am Stuten 19  
59955 Winterberg

E-Mail [kontakt@spd-winterberg.de](mailto:kontakt@spd-winterberg.de)

[www.spd-winterberg.de](http://www.spd-winterberg.de)